

## ...mehr als nur Sprachförderung

### Ausländerbeauftragte der Bundesregierung zum Zuwanderungsgesetz

Ende Juni luden der Campus Verlag, Frankfurt/Main, und der Rat für Migration zur Präsentation des Buches „Migrationsreport 2002“ - Fakten - Analysen - Perspektiven“ ein. Die Vorstellung des Buches hatte die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Frau Marieluise Beck, übernommen. An der Pressekonferenz beteiligten sich neben der Politikerin auch Dieter Oberndörfer, Vorsitzender des Rates für Migration, sowie die beiden Autoren Rainer Münz, Professor für Bevölkerungswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, und Klaus J. Bade, Professor für Neueste Geschichte und Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. DAMID wird über den Migrationsreport noch berichten.

Im Anschluß an die Presskonferenz stellte sich Marieluise Beck den Fragen von Chefredakteur Ronald Franke zu aktuellen Problemen des Zuwanderungsgesetzes.

**DAMID:** *Frau Beck, es könnte ja sein - wenn es kein anderes großes Ereignis gibt - daß das von Johannes Rau unterschriebene Zuwanderungsgesetz mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes durch einige Bundesländern zum Hit des Sommerlochs wird. Was kann die Ausländerbeauftragte dagegen tun, damit dieses Gesetz nicht zur Farce gerät?*

**Marieluise Beck:** Es ist ja nicht schlecht, wenn über Zuwanderung, Flucht und Asyl in der Gesellschaft diskutiert wird. Insofern wäre eine Sommerlochdebatte um Migration gar nicht schlecht, wenn sie nicht das Gesicht eines Sommerlochs bekommt, das heißt, irrational, aufputschend und wenig sachlich informierend ist.

Die Aufgabe der Ausländerbeauftragten, ihre einzige Chance gegen aufgeladene Diskussionen um Ausländer, um vermeintlich zuviel Zuwanderung, um Ströme von Menschen, die unsere Grenzen überrennen wollen, gegenzuhalten, ist die sachliche Information. Dazu ist wichtig darauf hinzuweisen, daß wir in Deutschland zwar hohe Zuwanderungszahlen haben und jedes Jahr gehabt haben, aber in etwa immer auch gleich hohe Abwanderungszahlen hatten, so daß wir angesichts dieser Tatsache mit großer Gelassenheit auf die Gestaltung von Zuwanderung schauen können.

Angesichts der besorgniserregenden Vergreisung unserer Gesellschaft müssen wir im Gegenteil den Blick eher darauf wenden, wie es uns gelingt, in Deutschland eine Atmosphäre herzustellen, daß wir qualifizierte Zuwanderer, die wir brauchen, über-

haupt in unser Land bekommen werden.

**DAMID:** *Das Gesetz wurde ja von vielen, die zunächst dagegen waren, dann doch angenommen und unterstützt. Weil sie sagten: Lieber dieses Gesetz als gar keines. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, bleiben auch bei Ihnen einige Wünsche offen. Für viele reduziert sich dieses Gesetz auf Sprachförderung. Das ist aber nicht das, was unter Integration zu verstehen ist?*

**Marieluise Beck:** Integration ist sehr viel mehr als nur Sprachförderung. Deswegen muß man auch den Blick auf alle Gesetze dieser Legislaturperiode richten. Dazu gehört ganz zentral auch das Staatsbürgerschaftsrecht. Die Einführung des Geburtsrechts ist ein großes integratives Angebot an junge Menschen, die bisher als Andere kein Identifikationsangebot aus der deutschen Gesellschaft heraus bekommen haben und die nunmehr mit der Einführung des Geburtsrechts hier auch aufwachsen mit dem Angebot: Das ist euer Land. Auch das ist Integrationspolitik.

Zu dem Gesetz selbst noch: Es sind große Schritte gemacht worden im Flüchtlingsrecht, insbesondere mit der Anerkennung der Genfer Flüchtlingskonvention in seiner Gänze, also der Anerkennung der nichtstaatlichen geschlechtsspezifischen Verfolgung. Wir haben das Familienasyl bekommen für Genfer Konventionsflüchtlinge, und wir haben auch in der Tendenz eine Vereinheitlichung des Status von Flüchtlingen, die bisher ja nach dem alten Recht je nach rechtlicher

Grundlage ganz unterschiedliche gesellschaftliche Zugänge bekommen haben. Das sind drei große Schritte nach vorne im Flüchtlingsbereich.

Wir haben die Gestaltung der Arbeitsmigration auf drei unterschiedlichen Wegen, einmal für die Anwerbung, wo keine verfügbaren Arbeitskräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu finden sind, dann für eine in die Zukunft gerichtete Anwerbung nach einem Punktesystem und die Möglichkeit für Selbstständige, sich niederzulassen. Und als viertes die Möglichkeit für Studenten, die in Deutschland ihr Studium abgeschlossen haben, zu bleiben, hier auf dem Arbeitsmarkt sich einen Job zu suchen und dann auch in die Gesellschaft hineinzuwachsen.

Im Bereich Integration ist die Erstförderung eingeführt worden, die die Aufgabe des Bundes ist. Viele andere Integrationsbereiche, die wir kennen und benennen können, vom Kindergarten über die Schule bis zur Ausbildung und Qualifikation, fallen in der Regel in die Landeshoheit und haben deswegen in so einem Einwanderungsgesetz nicht ihren richtigen Platz, obwohl sie natürlich in der Gesellschaft deutlich offensiver angepackt werden müssen.

**DAMID:** *Es besteht bei den Freien Trägern die berechtigte Angst, daß die bisherige Arbeit, die sie geleistet haben auf dem Gebiet der Integration von Migranten, nicht mehr anerkannt und nicht mehr gefragt ist, weil sie allein die damit verbundenen finanziellen Probleme nicht schultern können. Wir wissen aber, daß ohne NGO, ohne Freie Träger vieles hier nicht in Gang gekommen*

*wäre, was Integration, was Betreuung anbetrifft. Ist diese Sorge berechtigt, wird man die Freien Träger weiter einbeziehen, auch angesichts schwieriger finanzieller Situation?*

**Marieluise Beck:** Es ist richtig, daß mit der Einführung des Anspruchs auf Erstförderung ein deutlich größerer Teil von Migranten den Rechtsanspruch auf Sprachkurse hat und damit die Finanzierungsnotwendigkeiten des Bundes deutlich steigen, auch die der Länder übrigen. Das kann zu einer gewissen Gefahr werden für schon bestehende Strukturen, auch Trägerstrukturen, die Kurse für schon hier lebende Ausländer, Migranten anbieten. Das allerdings ist mehr eine Frage der Haushaltsseite, also des Etats des Bundes und der Länder als des Gesetzes.

Das Gesetz richtet sich an die Neuankömmlinge mit seinem Erstförderprogramm, während wir es hier stärker zu tun haben mit der nachholenden Integration für schon hier lebende Migranten. Wir haben genau diese Gefahr, daß diese drohen, unter die Räder zu kommen, in die Haushaltsberatung mit eingebracht. Ich bin sehr guten Mutes, unter anderem auch, weil die Kollegen von der SPD vor einiger Zeit das Jahrzehnt der Integration ausgerufen haben, daß wir deshalb Haushaltsmittel so sichern können, daß diese Befürchtungen nicht eintreten.



**Während der Vorstellung des Migrationsreportes: (v. l. n. r.) Prof. Oberndörfer, Prof. Münz, Marieluise Beck, Prof. Bade**

---